



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Jemen

NEW YORK, 12. September 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats unterstrichen die greifbaren Vorteile der Waffenruhe für das jemenitische Volk, darunter eine 60-prozentige Verringerung der Zahl der Opfer, die Vervierfachung der Treibstofflieferungen über den Hafen von Hudaida und kommerzielle Flüge von Sanaa aus, durch die 21.000 Passagiere medizinisch behandelt und wieder mit ihren Familien vereint werden konnten. Sie forderten beide Parteien auf, die Verhandlungen unter der Ägide der Vereinten Nationen dringend zu intensivieren und flexibel zu führen, um einen erweiterten Waffenstillstand zu vereinbaren, der in eine dauerhafte Waffenruhe münden könnte. Sie forderten beide Parteien nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit mit dem Sondergesandten in allen Aspekten der Verhandlungen zu verstärken, auf Konditionalität zu verzichten und dafür zu sorgen, dass ihre Wirtschaftssachverständigen eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen und insbesondere eine Lösung für die Zahlung der Bezüge von Staatsbediensteten zu finden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die außergewöhnlichen Maßnahmen, die die Regierung Jemens ergriffen hat, um eine Treibstoffknappheit in den von den Huthis kontrollierten Gebieten abzuwenden, nachdem ein Befehl der Huthis das etablierte Verfahren für die Zollabwicklung von Treibstofftankern beeinträchtigt hatte. Sie forderten die Huthis auf, solche Aktionen in Zukunft zu unterlassen und mit den Bemühungen unter Leitung der Vereinten Nationen um eine dauerhafte Lösung zur Sicherstellung des Treibstoffflusses zu kooperieren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten alle Angriffe, die die Waffenruhe zu gefährden drohten, unter anderem auch die jüngsten Angriffe der Huthis auf Taiz. Sie bekräftigten, dass es keine militärische Lösung für Jemen gibt, und verurteilten die jüngste Militärparade in Hudaida. Sie forderten ein Ende aller Formen von sichtbaren Kundgebungen militärischer Art, die gegen das Hudaida-Abkommen verstoßen. Sie äußerten sich besorgt über die jüngste Instabilität im südlichen Teil Jemens und stellten mit Besorgnis fest, dass die Zahl der Landminenopfer unter der Zivilbevölkerung zugenommen hat. Sie erinnerten an die Verpflichtungen der Parteien nach dem humanitären Völkerrecht und an die Notwendigkeit, die Menschenrechte zu achten, einschließlich des Schutzes von Zivilpersonen, insbesondere Kindern. Sie äußerten ihre Besorgnis über die mangelnden Fortschritte bei der Öffnung der Straßen nach Taiz gemäß den jüngsten Vorschlägen der Vereinten Nationen und forderten die Huthis erneut auf, bei den Verhandlungen flexibel zu handeln und die wichtigsten Straßen nach Taiz unverzüglich zu öffnen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten erneut ihre Unterstützung für den Sondergesandten der Vereinten Nationen und bekundeten ihre Überzeugung, dass eine erweiterte Waffenruhevereinbarung eine Chance zur Herbeiführung einer umfassenden, inklusiven politischen Lösung auf der Grundlage der vereinbarten Referenzen und unter der Ägide der Vereinten Nationen bieten wird. Sie erinnerten daran, wie wichtig die volle, gleichberechtigte und konstruktive Teilhabe der Frauen an dem Friedensprozess ist, einschließlich einer Frauenbeteiligung von mindestens 30 Prozent.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats hoben die humanitäre Krise in Jemen und die anhaltende Gefahr einer Hungersnot hervor und legten den Gebern nahe, den Plan der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen voll zu finanzieren und die Anstrengungen der Regierung Jemens zur Stabilisierung der Wirtschaft zu unterstützen. Sie stellten fest, dass die Mittel nicht ausreichen, um den Betrieb des Verifikations- und Inspektionsmechanismus

22-21710 (G)



der Vereinten Nationen für Jemen über den 30. September hinaus zu ermöglichen, und erinnerten an die Schlüsselrolle, die dem Mechanismus dabei zukommt, kommerzielle Einfuhren, einschließlich Grundnahrungsmitteln, in die jemenitischen Häfen zu erleichtern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten erneut ihre tiefe Besorgnis über die katastrophale ökologische, maritime und humanitäre Gefahr, die von dem „Safer“-Tanker ausgeht. Sie würdigten die von Mitgliedstaaten und dem Privatsektor zugesagten Mittel für den Einsatzplan der Vereinten Nationen für den „Safer“-Tanker. Sie riefen zur Auszahlung der zugesagten Mittel auf und appellierten an andere Mitgliedstaaten und an private Geber, sich an der Finanzierung des Plans zu beteiligen, um eine humanitäre, ökologische, maritime und wirtschaftliche Katastrophe zu verhindern. Sie unterstrichen ihre Erwartung, dass die Vereinten Nationen mit Erreichen des Finanzierungsziels sofort in der Lage sind, unverzüglich mit den Maßnahmen zum Transfer des Erdöls zu beginnen.
